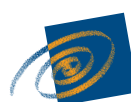


AKTIVE BÜRGERSCHAFT

Aktive Bürgerschaft Positionspapier

Handlungsfreiheit gemeinnütziger Organisationen stärken
und zu gesellschaftlicher Transparenz verpflichten



Aktive Bürgerschaft: Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der
genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken



Handlungsfreiheit gemeinnütziger Organisationen stärken und zu gesellschaftlicher Transparenz verpflichten

Die Aktive Bürgerschaft schlägt dem Gesetzgeber vor, gemeinnützigen Organisationen eine größere Handlungsfreiheit zu ermöglichen und dafür gleichzeitig eine angemessene Transparenzpflicht einzuführen.

Stand Januar 2012

Gemeinnützige Organisationen und bürgerschaftliches Engagement spielen eine zunehmend wichtige Rolle bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme. Die Bundesregierung hat dazu in ihrer Nationalen Engagementstrategie vom 6.10.2010 ausgeführt, „die starke, sich vielfältig ausdrückende Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, und ihren Mut, freiwillig und in Selbstorganisation an Problemlösungen zu arbeiten“, stärken zu wollen.

Aktuelle Probleme

1. Die gegenwärtigen Diskussionen und Maßnahmen fokussieren auf dem Leitbild des engagierten Bürgers und suchen Wege, diese zum Engagement zu motivieren und weitere Potenziale auszuschöpfen. Vernachlässigt wird, dass 80 Prozent des Engagements organisationsgebunden in Vereinen und Stiftungen stattfinden. Hier bestehen erhebliche rechtliche und steuerrechtliche Defizite, die verhindern, dass die Stärken bürgerschaftlichen Engagements und gemeinnütziger Organisationen voll zur Entfaltung kommen. Dennoch sieht die Bundesregierung hier keinen Handlungsbedarf wie sie zuletzt auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt hat (Drucksache 17/4328). Dies liegt auch an einer fehlenden zeitgemäßen Ordnungspolitik, die die Rolle bürgerschaftlichen Engagements im Verhältnis zu Staat und Wirtschaft definiert.

2. Das gegenwärtige Verständnis der Rolle bürgerschaftlichen Engagements kommt treffend zum Ausdruck in der häufig verwendeten Formulierung "Bürgerengagement soll den Staat nicht ersetzen, sondern ergänzen". In dieser Logik fördert der Staat bürgerschaftliches Engagement, gibt Themen und Aufgaben vor, gewährt finanzielle Mittel und kontrolliert deren Verwendung. Diese Logik findet sich auch in der sog. Fehlbetragsfinanzierung wieder, bei der einem Verein etwaige zusätzlich eingeworbene private Spenden von der öffentlichen Finanzierung abgezogen bzw. angerechnet werden.

Angesichts des Zustandes der öffentlichen Haushalte, aber auch der Grenzen der Gestaltungsfähigkeit von Politik und Verwaltung in zunehmend heterogener und komplexer werdenden Gesellschaften ist dies kein zukunftsfähiger Ansatz. Er nährt zudem die Lückenbüßer-Debatte weiter. Bürgerinnen und Bürger befürchten und kritisieren zunehmend, ihr Engagement diene der Legitimation eines sozialstaatlichen Abbaus (vgl. Jahresrückblick 2011).

Lösungsansätze

1. Bürgerschaftliches Engagement und gemeinnützige Organisationen müssen konzeptionell zusammenhängend betrachtet werden. Je grösser die Eigenständigkeit gemeinnütziger Organisationen ist, desto eher kann das innovative, oft lebensweltlich gebundene und flexibel agierende Bürgerengagement wirksam zum Tragen kommen. Dies kann schrittweise umgesetzt werden durch:

- Lockerung des Gebots zeitnaher Mittelverwendung, Flexibilisierung der Rücklagenbildung, Verbesserung der Möglichkeiten zur Erwirtschaftung eigener Einnahmen u.a. Hier liegen Hinweise verschiedener Organisationen und Verbände vor.
- Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts. Hier liegen u.a. aufbereitete Vorschläge des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge vor.

Mittelfristig sollte bürgerschaftliches Engagement im Sinne eines subsidiären Vorranges ordnungspolitisch dem staatlichen Handeln vorausgehen. Dort, wo Bürgerengagement nicht oder nicht ausreichend vorhanden ist, wird die öffentliche Hand im Rahmen staatlicher Maßnahmen und Strukturen selbst aktiv. Grundsätzliche Überlegungen haben Backhaus-Maul/Nährlich/Speth mit der Denkschrift Bürgergesellschaft vorgelegt.

2. Bürgerschaftliches Engagement und gemeinnützige Organisationen müssen, wie Verwaltungen oder Unternehmen auch, Rechenschaft über ihr Handeln ablegen. Es ist nicht mehr haltbar, dass Organisationen, die sich – zumal mit steuerlichen Vergünstigungen – in öffentliche Belange einbringen wollen, von Rechenschaftspflichten ausgenommen sind. Diese Rechenschaft besteht nicht nur gegenüber Vereinsmitgliedern oder z.B. staatlichen Stiftungsbehörden, sondern auch gegenüber der Gesellschaft, also der allgemeinen Öffentlichkeit. Dies kann erreicht werden durch:

- Eine Verpflichtung zu einer einheitlichen und qualifizierten Rechnungslegung, wie sie beispielsweise das österreichische Vereinsgesetz von 2002 vorsieht. In Deutschland kann auf Stellungnahmen des IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer) zur Rechnungslegung und des DZI (Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen) zur Abgrenzung von Verwaltungskosten zurückgegriffen werden.
- Die Einführung einer abgestuften und verhältnismäßigen gesetzlichen Transparenzpflicht (z.B. ab jährlichen Einnahmen von mehr als 100.000 Euro oder 500.000 Euro Stiftungskapital), die zumindest Auskunft gibt über die Mittelherkunft, die Mittelverwendung und die (darüber entscheidenden) Organmitglieder.

Wie sich gezeigt hat, sind freiwillige Transparenzinitiativen kein ausreichender Ansatz, weil weder Validität noch Wahrheitsgehalt der Angaben überprüfbar sind und zunehmend Fragen der Legitimität von "Transparenzwächtern" aufgeworfen werden. Für eine gesetzliche Transparenzpflicht haben sich inzwischen u.a. auch der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Phineo gAG ausgesprochen.

Positive Nebeneffekte

Die Stärkung der Handlungsfreiheit gemeinnütziger Organisationen und die Verpflichtung zu gesellschaftlicher Transparenz führen zu weiteren positiven Nebeneffekten.

1. Vertrauen in gemeinnützige Organisationen wird nachhaltig gestärkt

Vertrauen ist die Voraussetzung für freiwillige Spenden, Zustiftungen und bürgerschaftliches Engagement. Vielfach sind sowohl kleine als auch große Vereine und Stiftungen Gegenstand negativer Berichterstattung über Veruntreuungen und Skandale. Aus einzelnen Verfehlungen werden zunehmend medial transportierte Verallgemeinerungen (siehe Jahresrückblick 2010). Eine Transparenzpflicht stärkt nachhaltig das Vertrauen in gemeinnützige Organisationen.

2. Attraktivität des Ehrenamtes im klassischen Sinn wird erhöht

Ein großes Problem für viele gemeinnützige Organisationen ist die Gewinnung geeigneter Personen für die Organe, also die Besetzung der klassischen Ehrenämter. Diese gelten aufgrund der damit verbundenen Bürokratie als unattraktiv. Beklagt wird vielfach, dass zur Verfolgung des eigentlichen ideellen Zweckes kaum mehr Zeit bleibe. Eine größere Handlungsfreiheit ermöglicht größere Mitgestaltung und erhöht die Attraktivität des Ehrenamtes.

3. Zusätzliche Belastungen durch Transparenzpflicht bestehen nicht

Eine gesetzliche Transparenzpflicht bringt keinen zusätzlichen Bürokratieaufwand. Rechtsfähige Stiftungen unterliegen bereits heute einer Berichtspflicht gegenüber der Stiftungsaufsicht, die diese Angaben jedoch nicht veröffentlichen darf. Viele größere und spendensammelnde Vereine wenden Ressourcen für Spendensiegel und ähnliche Maßnahmen bereits heute auf. Die Mehrheit der Vereine und Stiftungen in Deutschland dürfte aufgrund der zu ziehenden Anwendungsgrenze von einer Transparenzpflicht ausgenommen sein.

Verfasser und Ansprechpartner:

Dr. Stefan Nährlich

Geschäftsführer Aktive Bürgerschaft e.V.

stefan.naehrlich@aktive-buergerschaft.de

Telefon 030 2400088-1

Quellenhinweise

Aktive Bürgerschaft Jahresrückblick 2011: Lückenbüßer von Staats wegen www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/kommentare/2011/11-12_jahresueckblick_2011/stefan_naehrlich

Aktive Bürgerschaft Jahresrückblick 2010 – Ende der Illusionen www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/kommentare/2010/12_-_jahresueckblick_2010/stefan_naehrlich

Backhaus-Maul, Holger/Nährlich, Stefan/Speth, Rudolf: Denkschrift Bürgergesellschaft. In eigener Regie! Plädoyer für eine bessere (Selbst-)Steuerungs- und Leistungsfähigkeit der Bürgergesellschaft www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/Denkschrift_Buergergesellschaft_2009.pdf

Deutscher Bundestag Drucksache 17/4328: Steuer- und zuwendungsrechtliche Rahmenbedingungen bürgerschaftlich Engagierter und gemeinnütziger Organisationen <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/043/1704328.pdf>

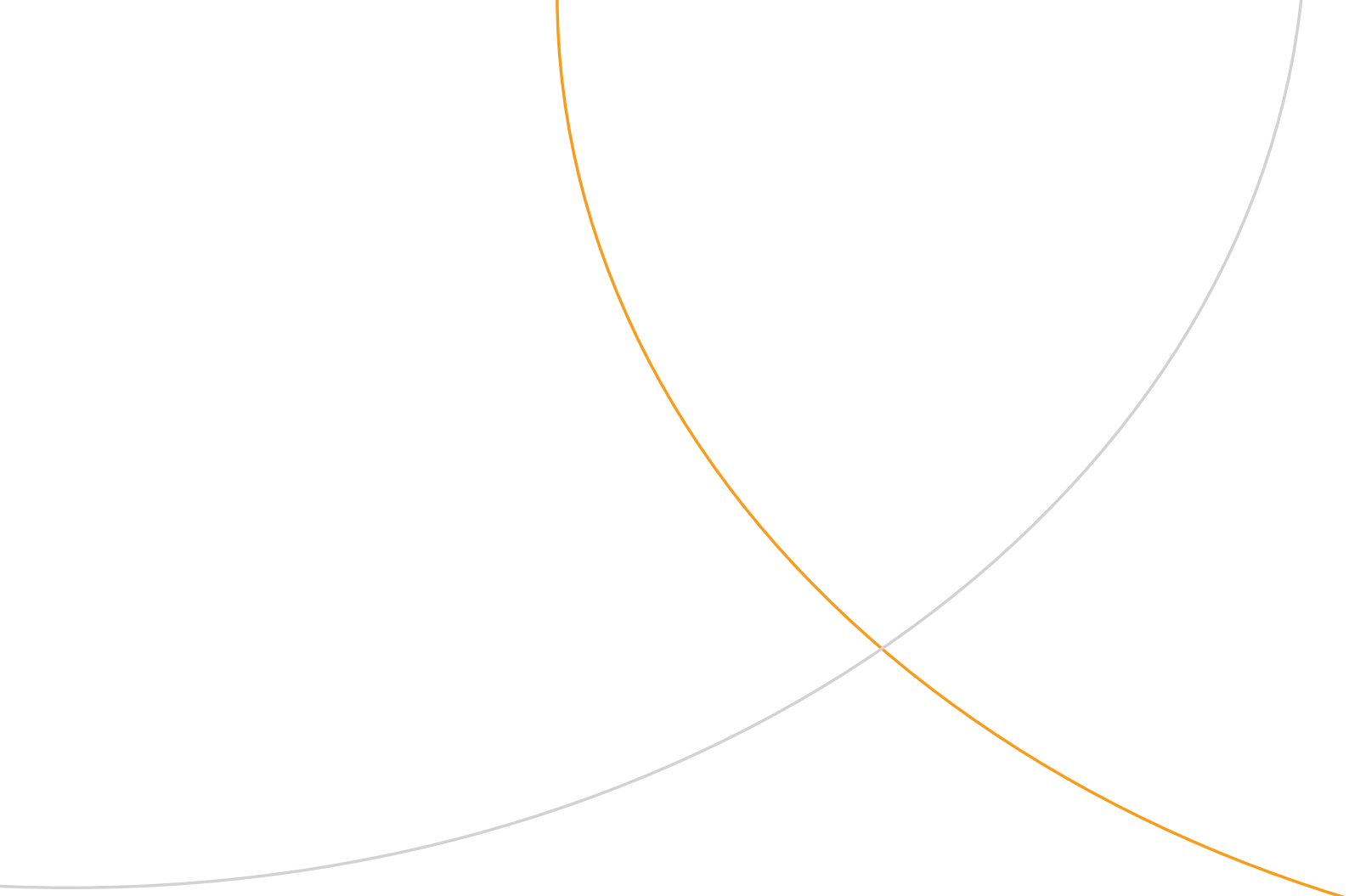
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge: Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen_archiv/2009/pdf/DV%2009-09.pdf

DZI – Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen: Werbe- und Verwaltungsausgaben Spendensammelnder Organisationen www.dzi.de/wp-content/pdfs_DZI/Verwaltungskostenkonzept.pdf

IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer) – IDW RS HFA 5 Rechnungslegung von Stiftungen (Quelle: WPg 8/2000, S. 391 ff., FN-IDW 4/2000, S. 129 ff.) Vom 25.02.2000 und IDW RS HFA 14 Rechnungslegung von Vereinen (Quelle: WPg Supplement 2/2011, S. 122 ff., FN-IDW 6/2011, S. 365 ff.) Vom 11.03.2011

Österreichisches Vereinsgesetz von 2002 in der aktuellen Fassung www.ris.bka.gv.at/Gelten-deFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20001917

Phineo gAG: Transparenz von gemeinnützigen Organisationen www.phineo.org/downloads/?filename=PHINEO_Positionspapier_Transparenz_02.pdf



Die Aktive Bürgerschaft engagiert sich für eine gerechte und leistungsfähige Bürgergesellschaft. Privates Engagement für das Gemeinwohl soll staatlichem Handeln vorausgehen. Wir wollen deshalb bürgerschaftliches Engagement und gemeinnützige Organisationen nachhaltig stärken.

Wir machen innovative Engagementkonzepte praxistauglich und setzen sie mit Partnern bundes- oder landesweit um. Aktive Bürgerschaft – Gutes besser tun!

Der gemeinnützige Verein Aktive Bürgerschaft ist das Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volksbanken Raiffeisenbanken. Unser Handeln orientiert sich an den genossenschaftlichen Werten der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.

www.aktive-buergerschaft.de



Aktive Bürgerschaft: Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

